

**Referat von Ruedi Baumann, Vizepräsident der VKMB**

---

Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Schweizer Medien,

Worum geht es am 4. Juni 1989?

Schauen Sie sich das Bild an, das Sie zuoberst in Ihrer Pressemappe finden: Es geht uns darum, dass dieses Bild wieder aus der Schweizer Landschaft verschwindet, dass der Blick auf den Pilatus im Hintergrund wieder frei wird.

Sie sehen auf diesem Bild eine Tierfabrik: In der Bildmitte sehen Sie die Produktionshalle. Fenster sehen Sie keine, aber einige Entlüftungskamine. In dieser dunklen Fabrikhalle werden Schweine, Hühner, Kälber oder Rinder gemästet. Die Tiere vegetieren als lebende Maschinen dahin. Eine artgerechte Tierhaltung, die den natürlichen Instinkten der Tiere entspricht, gibt es in dieser Fabrikhalle nicht. Die Tiere erblicken das erste Mal Tageslicht am Tag, an dem Sie geschlachtet werden.

Wo tausende von Tieren auf so engem Raum zusammengepfercht sind, besteht laufend die Gefahr einer ansteckenden Seuche. Man füttert den Tieren deshalb prophylaktisch Antibiotika. Das ist durch unser Gesetz erlaubt. Nicht erlaubt sind Hormone. Aber es gibt immer wieder Fabrikanten, die sich beim Einsatz von Hormonen erwischen lassen. Mit Antibiotika und Hormonen erreichen sie einen höheren Tageszuwachs an Fleisch pro Kilo Futter. Pharmazeutische Mittel sind quasi das Schmieröl, das die Maschinen schneller und ohne Störungen laufen lässt. Bei einem Stromausfall, beim Ausfall der Entlüftung, bricht die Produktion sofort zusammen - die Tiere sind innert Stunden verendet.

Die Produktionshalle wird von den Futtersilos überragt. Hier drin befindet sich der Rohstoff für die industrielle Produktion von Fleisch und Eiern. Das Futtergetreide wächst nicht auf dem umliegenden Land. Wahrscheinlich gehört dem Fabrikanten nicht einmal die Wiese, die Sie im Vordergrund sehen. Der Rohstoff wird importiert. Er kommt aus den USA, aus Kanada und aus Entwicklungsländern. Dort sollte eigentlich das Getreide für das Brot der Armen wachsen. Aber diese können nicht so viel bezahlen wie der Fabrikant aus der Schweiz, der das Getreide in die Futtertröge wirft.

Das Futter, das in diesen Silos lagert, braucht eine Anbaufläche von 100 Hektaren, vielleicht auch 200 Hektaren. Sie sehen links im Bild drei grosse Güllesilos. Eigentlich müsste die Gülle wieder auf der Anbaufläche des Futters ausgebracht werden. Nur liegt diese Anbaufläche einige 1000 km weit entfernt. Die Gülle wird in der Nähe der Fabrik ausgeschüttet, immer wieder auf dieselben Felder, die schon seit Jahren massiv überdüngt sind. Deshalb wird sie ausgewaschen. Sie belastet dann unsere Bäche und Seen, sie verursacht biologisch tote Seen, sie verursacht Fischsterben und sie vergiftet unser Trinkwasser.

Darum geht es im Volksentscheid am 4. Juni:

**Um eine artgerechte, umweltgerechte, naturnahe  
Tierhaltung. Die Tierfabriken müssen verschwinden.**

Meine Damen und Herren, jedes dritte Schweinekotlet, das Sie essen, kommt aus einer solchen Tierfabrik. Zwei von drei Eiern kommen aus Fabriken. Und nach unserer Schätzung ist auch mindestens jedes zehnte Kalbs- und Rindssteak aus einem Betrieb ohne ausreichende Futtergrundlage.

Früher wurden alle Ihre Nahrungsmittel auf einem Bauernhof produziert. Dann sind - aktiv gefördert durch die Landwirtschaftspolitiker - diese Tierfabriken entstanden. Der normale, der echte Bauer, hat gegen diese Fabriken keine Chance. Er kann nicht so rationell, so kostengünstig produzieren. Und selbst, wenn dies die Bauern könnten - die meisten von ihnen wollten es nicht. Denn der echte Bauer liebt seine Tiere. er will keine Produktionsmaschinen.

Die Hühnerhaltung ist praktisch vollständig vom Bauernhof verschwunden. Mit der Schweinehaltung ist es auch bald so weit. Auf dem Bauernhof rentiert das Schwein nicht mehr. Bei den Kälbern und bei den Mastrindern bahnt sich die gleiche Entwicklung an.

Was bleibt da dem echten Bauern noch? Die grösseren mit genügend Land können auf den Ackerbau ausweichen. Den kleinen und mittleren bleibt meist nur die Milchproduktion. Aber die ist, wie Sie wissen, kontingentiert.

Was bleibt dann wirklich noch? - Nichts. Die Aufgabe des Betriebs. Die Verpachtung des Landes an einen Nachbarn, der damit noch ein paar Jahre länger überleben kann. Die

Vermietung oder der Verkauf des Bauernheimets an einen Städter.

Die Tierfabriken rauben den Bauern die Existenzgrundlage. Sie sind die Ursache des "Bauernsterbens".

Darum geht es im Volksentscheid am 4. Juni:

Die Fleisch- und Eierproduktion muss von der Fabrik zurück aufs Land, zurück auf den bäuerlichen Betrieb.

Der Bund zahlt jährlich 1,6 Milliarden Franken - fast zwei Drittel des Landwirtschaftsbudgets - für die Beseitigung von Ueberschüssen. Ueberschüsse werden zunächst mit Subventionen produziert und dann mit Subventionen "verwertet". Das ist eine immense Verschleuderung von Steuergeldern. Und die Bauern haben nichts davon. Denn das Geld versickert bei den "Verwertern", in den Grossmolkereien, in den Lager- und Kühllhäusern, bei ausländischen Konsumenten, denen der Schweizer Steuerzahler 250 Millionen Franken für den verbilligten Exportkäse bezahlt.

Auf dem bäuerlichen Betrieb werden keine Ueberschüsse produziert. Die Fleischberge werden mit importiertem Futter in den Tierfabriken produziert. Die Milchschwemme kommt aus den Gutsbetrieben mit einigen 100'000 kg Milchkontingent. Aber die Bauern bezahlen nebst den Konsumenten und den Steuerzahlern für die Ueberschüsse. Und viele kleine und mittlere Bauern zahlen dafür mit ihrer Existenz - ausgerechnet sie, die am wenigsten Schuld sind an den Ueberschüssen.

Darum geht es im Volksentscheid am 4. Juni:

Die Ueberschuss-Misswirtschaft muss beendet werden. Die Verursacher der Ueberschüsse müssen verschwinden.

Die Summe der Agrarschutzmassnahmen wird auf über 5 Milliarden Franken beziffert. Das macht 2'000 Franken pro Schweizer Familie. Bund und Kantone geben gegen 3 Milliarden Franken für die Landwirtschaft aus. Im Durchschnitt müsste demnach jede Bauernfamilie 27'000 Franken im Jahr erhalten. Aber die Mehrheit der Bauern merkt davon nichts. Wir verlangen auch gar nicht, dass die kleinen und mittleren Bauern so viel erhalten. So viel Subventionen braucht es

nicht, wenn die Bauern für ihre Produkte kostendeckende Preise erzielen, wie es die Initiative verlangt.

Offensichtlich wird heute von ein paar wenigen Grossbetrieben abkassiert, von den Massentierhaltern und von Leuten, die gar keine Bauern sind: Nationalrat Blocher, ein Mann mit 69 Millionen Franken Vermögen und über einer Million Franken Jahreseinkommen, erhält für seine Gutsbetriebe über 200'000 Franken Subventionen jährlich.

Darum geht es im Volksentscheid am 4. Juni:  
Millionäre brauchen keine Subventionen. Die Unterstützung des Schweizer Volks gehört den Bauernfamilien, die sie nötig haben.

Der vielseitige Landwirtschaftsbetrieb ist unter den Bedingungen der heutigen Landwirtschaftspolitik der unrentabelste Betrieb. Den kleinen und mittleren Betrieben wird als Ueberlebensstrategie die Spezialisierung empfohlen. Das geht hin bis zum Zynismus: Die neuste Empfehlung aus Brugg lautet: Rückt näher zusammen und vermietet Eure Wohnung als Ferienwohnung.

Die Spezialisierung mag in der übrigen Wirtschaft richtig sein - in der Landwirtschaft ist die Spezialisierung auf einen oder zwei Betriebszweige umweltfeindlich. Landschaften werden ausgeräumt. Monokulturen verdrängen den vielseitigen, naturnahen bäuerlichen Betrieb. Als Folge werden die Böden zerstört, werden mehr giftige Pflanzenschutzmittel verwendet.

Unsere Initiative stellt die Weichen in eine andere Richtung. Mit produktionskostendeckenden, abgestuften Preisen und Direktzahlungen wird die vielseitige, abwechslungsreiche, naturnahe bäuerliche Produktion gefördert.

Darum geht es im Volksentscheid am 4. Juni:  
Im Zentrum der Landwirtschaftspolitik steht nicht mehr die Monokultur, sondern der naturnah produzierende bäuerliche Betrieb.

Das Schweizer Volk kann am 4. Juni mit der Annahme unserer Initiative "für naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken" die Ära einer jahrzehntelang verfehlten Landwirtschaftspolitik beenden. Die Initiative ist eine Chance - die derzeit einzige Chance - zur Rettung des bäuerlichen Familienbetriebs. Die Initiative stellt die Weichen auf eine naturnahe, umweltgerechte Landwirtschaftspolitik - auf eine Landwirtschaft ohne Ueberschüsse und Verschleuderung von Steuergeldern.